

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

MAG. CHRISTIAN KERN
BUNDESKANZLER

An die
Präsidentin des Nationalrats
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0079-I/4/2017

Wien, am 25. August 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Juni 2017 unter der **Nr. 13659/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Beitritt zur Open Government Partnership (OGP) Initiative gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Ist seitens der Bundesregierung ein Beitritt zur Open Government Partnership geplant?*
 - a. *Wenn ja, in welchem Zeitrahmen?*
 - b. *Wenn nein, mit welcher Begründung?*
- *Wenn die Antwort auf Frage 1 "Ja" lautet, wie gedenkt die Bundesregierung Open Government Declaration zu implementieren?*
- *Wenn die Antwort auf Frage 1 "Ja" lautet, welche Form der Einbindung von politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist geplant?*

Die Bundesregierung unterstützt mehrfach die Öffnung von Regierungsdaten:

Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung wurde festgehalten, dass die Bundesregierung hinter dem Ziel steht, bis Ende 2020 alle Daten der öffentlichen Verwaltung nach Möglichkeit als Open Data zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, werden bis Oktober 2017 die verfügbaren Datenbestände auf ihre Open Data Tauglichkeit (OGD Screening 2017) geprüft.

In der Digitalen Roadmap wurden die gemeinsame Standardisierung der Kooperation OGD, die Verankerung von Open Data in den Leistungsvereinbarungen der Universitäten und der weitere Ausbau von data.gv.at hervorgehoben.

Eine allfällige Beteiligung Österreichs an der Open Government Partnership wird grundsätzlich politisch positiv gesehen und die Möglichkeiten dazu werden im Lichte des genannten OGD Screenings sowie dem budgetären und (verfassungs-) rechtlichen Rahmen zu beurteilen sein. Eine Teilnahme bedarf einer umfassenden Begleitung und Vorbereitung. Die Teilnahme bedeutet für Österreich zumindest auch eine angemessene ressourcenmäßige Ausstattung einer Koordinierungsstelle, sowie eine jährliche Teilnahmegebühr. Basierend auf der Auflistung wird für Österreich als ein Land mit hohem Einkommen eine jährliche Teilnahmegebühr von 100.000 Dollar geschätzt. Die derzeitigen Beiträge der Länder sind hier ersichtlich <https://www.opengovpartnership.org/government-contributions>.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. KERN

